**Deutscher Bundestag**
18. Wahlperiode

**Drucksache 18/10988**
25.01.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

# Bericht

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)**
**gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem Antrag der Bundesregierung**

**— Drucksachen 18/10819, 18/10967 —**

## Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015) und 2295 (2016) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015 und 29. Juni 2016

**Bericht der Abgeordneten Doris Barnett, Alois Karl, Michael Leutert und Dr. Tobias Lindner**

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 11. Januar 2017 beschlossenen Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) zuzustimmen. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 31. Januar 2018.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an MINUSMA werden für den Zeitraum 1. Februar 2017 bis 31. Januar 2018 insgesamt rund 163 Mio. Euro betragen und aus Einzelplan 14 Kapitel 14 01 Titelgruppe 08 bestritten. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2017 rund 149 Mio. Euro und auf das Haushaltsjahr 2018 rund 14 Mio. Euro. Für einsatzbedingte Zusatzausgaben im Zusammenhang mit MINUSMA wurde im Bundeshaushalt 2017 im Einzelplan 14 Vorsorge getroffen. Für die einsatzbedingten Zusatzausgaben im Haushaltsjahr 2018 wird im Rahmen der Aufstellung des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2018 im Einzelplan 14 Vorsorge getroffen werden.

**Der Haushaltsausschuss hält den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.**

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Auswärtigen Ausschuss vorgelegten Beschlussempfehlung.

Berlin, den 25. Januar 2017
**Der Haushaltsausschuss**

| | | |
|---|---|---|
| Dr. Gesine Lötzsch<br>Vorsitzende | Doris Barnett<br>Berichterstatterin | Alois Karl<br>Berichterstatter |
| | Michael Leutert<br>Berichterstatter | Dr. Tobias Lindner<br>Berichterstatter |

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.